



Bundeswehr-Schau: Vernichtungswaffen wie Rennautos ausgestellt

tragen hat. Kommunalpolitiker etwa widersetzten sich dem Projekt in Kiel, wo die Waffenparade (Titel: „Unser Heer“) exakt am 8. Mai eröffnet werden sollte, ebenso wie im grenznahen Flensburg, wo die Panzerschau mit der Befreiung Dänemarks von den deutschen Besatzern (4. Mai) kollidiert wäre.

Zwar waren Bundeswehr-Wanderausstellungen auch in früheren Jahren immer wieder mal von Friedensfreunden und Kriegsdienstverweigerern kritisiert worden, etwa in den baden-württembergischen Städten Rastatt und Leonberg, wo Demonstranten 1978 und 1981 in kleinen Gruppen gegen „Rüstung“ und deren „Profite für die Reichen“ Front machten. Nun aber wird der Protest gegen die Heerschau, die am 17. April in Bad Segeberg eröffnet wird, nicht nur von der Friedensbewegung getragen; er reicht hinein in Kirchen, Kommunalparlamente und Landesbehörden.

Während die Stadt Kiel immerhin die Show vom 8. Mai um eine Schamfrist von einer Woche verschob, lud der Magistrat der Stadt Flensburg, unterstützt vom dänisch orientierten Südschleswigschen Wählerverband, die Bundeswehr kurzerhand aus.

In Norderstedt bei Hamburg, wo für die Panzer das Gelände eines ehemaligen SS-Truppenübungsplatzes reserviert ist, wehren sich nicht nur Sozialdemokraten und Liberale gegen das Militärspektakel. Auch die Konferenz aller Kirchengemeinden findet die Verknüpfung von Zeit und Ort „schwer erträglich“. Und für den Fall, daß die Ausstellung nicht abgesagt wird, hat ein „Norderstedter Forum“, Zusammenschluß von Parteien, Gewerkschaftsjugend und

Kirchengruppen, Störmanöver und Blockaden angekündigt.

Vor allem Sozialdemokraten, wie dem holsteinischen Bundestagsabgeordneten Horst Jungmann, Mitglied im Verteidigungsausschuß, mißfällt der „historisch und politisch geschmacklose“ Zeitpunkt der Militärshow. Aber auch Lehrer wehren sich dagegen, die Erinnerung an die Stunde Null mit der Bundeswehr zu verknüpfen.

Anstoß erregen neben dem „Mangel an Sensibilität bei der Bundeswehrführung“ (Jungmann) auch die Ausmaße der Ausstellung. An insgesamt 14 Orten – außer in Schleswig-Holstein und Hamburg auch in Nordrhein-Westfalen und Süddeutschland – will das Verteidigungsministerium alles präsentieren, was den Ruf der „stärksten konventionellen Streitkraft in Westeuropa“ (Verteidigungsminister Manfred Wörner) ausmacht: Panzer, Raketenwerfer, Panzerabwehr-Hubschrauber und auch eine Feldhaubitze.

Die Bundeswehr-Verantwortlichen zeigen kaum Verständnis für das ungewöhnte Ausmaß der Aufregung. Wenn überhaupt ein Tag geeignet sei, um die Bundeswehr „mit Sinn und Verstand zu zeigen“, sagt Hans-Bernhard Graf Schweinitz, Referatsleiter im Bonner Verteidigungsministerium, „dann am 8. Mai“. Die Schau sei „Ausdruck unserer Staatsauffassung“ und solle veranschaulichen: „Siehste, so ist es heute.“

„Überhaupt keine Bedenken“ hat das Ministerium, auch Schülern das Waffenarsenal des Heeres nahezubringen. Im Gegenteil: Jugendliche ab 14 Jahre sind die bevorzugte Zielgruppe der Bundeswehr.

Mit Hilfe von „Computerspielen“ und „Vorfürhungen der Waffensysteme“ will sich die Truppe die Begeisterungsfähigkeit von Schulkindern und Jugendlichen für alles Technische – „wie bei Rennautos“ (Ausstellungssprecher Hauptmann Kriebel) – zunutze machen, „um ein dauerhaftes Interesse an den Streitkräften zu erreichen“.

Massenvernichtungswaffen, so Hauptmann Kriebel, seien ein Stück „Realität, so wie sie ist“. Daher sei die Bundeswehr „nicht der Auffassung, daß man sie vor jungen Leuten verstecken sollte“.

Diese Ansicht erscheint vielen Pädagogen als ebenso abwegig wie die Terminierung um den 8. Mai herum. Nach Meinung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) etwa gehören Waffenschauen „in die Zeit der Söldnerheere“. Friedenserziehung, argumentiert der Kieler Gymnasiallehrer und GEW-Landesvorsitzende Klaus Karpen, sei nicht dadurch erreichbar, daß Schüler „durch Entfernungs-, Ziel- und Meßfernrohre Ziele anvisieren und auf Geschütztürmen rumturnen“.

Auf Distanz geht auch die Hamburger Schulbehörde. Landesschulrat Wolfgang Neckel hat den Militärs nahegelegt, einen vom Heeresamt für den 10. Mai in der Hansestadt geplanten „Tag der Schüler“ ausfallen zu lassen und „in beiderseitigem Interesse“ auf den Sommer zu verschieben.

Pädagogen in der Behörde fürchten, daß es andernfalls zu einem „nicht sehr glücklichen“ Zusammentreffen von schulischen Veranstaltungen zum 8. Mai und Schülerbesuchen bei der Heerschau kommt, was „ganz unvermeidlich zu einer Konfliktlage pädagogischer Art“ führen würde.

Einen Schritt weiter geht der Kieler GEW-Landesverband, der kaum verklausuliert zum Boykott der Bundeswehr-Show aufruft. Die Lehrergewerkschaft, sagt Landesvorsitzender Karpen, gehe davon aus, „daß Schulleiter den Besuch der Ausstellung ‚Unser Heer‘ nicht anordnen“ und „Lehrer ihn nicht beantragen“.

GRÜNE

Keine Linie drin

Die Grünen in Bonn haben rotiert – doch auch unter den Neuparlamentariern gibt es bereits Pannen und Richtungskämpfe.

In knapp einer Stunde räumte der bisherige Fraktionsassistent der Grünen Eberhard Bueb sein kleines Zimmer Nr. 414a im Bonner Abgeordnetenhochhaus Tulpenfeld: Die meisten Papiere, die sich dort während seiner zweijährigen Tätigkeit angesammelt hatten, warf er einfach in den Papierkorb.

Übrig blieb „eine halbe Schachtel“ voll Unterlagen, die er, am Montag letz-

ter Woche, an den Ort seines neuen Wirkens mitnahm. In Zukunft nämlich residiert Bueb, als frischgebackener Volksvertreter und obendrein als Parlamentarischer Geschäftsführer, ein Stockwerk höher im Raum 518, bis jetzt Domizil von Christa Nickels. Er ist einer jener 26 grünen Politiker, die zur Parlamentshalbjahrzeit die im Zuge der Rotation ausscheidenden Abgeordneten ersetzen sollen.

Einen Tag später besetzte Nachrücker Christian Schmidt aus Hamburg das Zimmer seiner Amtsvorgängerin Waltraud Schoppe. Bei den anderen war das Bäumchen-wechsel-dich-Spiel noch in vollem Gange. Auf den Fluren stapelten sich Umzugskartons mit Akten und losen Blättern, emsig hasteten Ex-Abgeordnete und Neuparlamentarier über die Gänge, um Bücher, Topfpflanzen und Plakate in die neuen Räume zu schleppen. Denn auf die heimelige Atmosphäre, die sie sich mit derlei Utensilien in den sterilen Abgeordnetenzimmern zu schaffen versuchen, will niemand verzichten.

Die Ablösung gelang schließlich ohne größeres organisatorisches Chaos, dank der guten Vorarbeit einer eigenen Rotationskommission. Doch ob die Grünen das Experiment, bei dem viele ohnehin nur zähneknirschend mitmachten, politisch ebenso gut überstehen, ist fraglich.

Die Wahl des neuen Fraktionsvorstandes am Freitag vorletzter Woche als Auftakt verlief nicht besonders vielversprechend. „Das war die chaotischste Sitzung, die ich je erlebt habe“, kritisiert der Neuparlamentarier Ludger Volmer.

Kategorisch bestanden die Grünen-Damen darauf, daß der Sprecherrat der Fraktion paritätisch mit Frauen und Männern besetzt wird. Ein „Rollback“, so die Nachrückerin Hannegret Hönes, wollten sie nach dem erfolgreichen Frauenvorstand des letzten Jahres auf jeden Fall verhindern. Doch an profilierten Frauen mangelt es bei der zweiten Bundestagsfraktion der Grünen, zudem sind sie mit nur 7 von 27 Abgeordneten den Männern rein zahlenmäßig unterlegen.

Nach einer Wahl, bei der nach Einschätzung von Bueb „kein System zu erkennen war“, hatten die Frauen ihr Ziel erreicht. Drei der sechs Vorstandsposten sind mit Frauen besetzt. Gewählt wurden von den Neuparlamentariern die Journalistin Hannegret Hönes, 39, die wissenschaftliche Angestellte Uschi Eid, 35, der Lehrer Christian Schmidt, 42, der Textilingenieur Eberhard Bueb, 46, der Bürokaufmann Axel Vogel, 28, und als einzige bisherige Abgeordnete die Tierärztin Sabine Bard-Kröninger, 38.

Prinzipien müssen offenbar sein. Bis zuletzt hatte die Umweltpolitikerin Hannegret Hönes gezögert, ob sie ihre Kandidatur nicht zugunsten des qualifizierten Dritte-Welt- und Währungsfachmannes Ludger Volmer aufgeben sollte. Doch die Fraktionskolleginnen redeten ihr die Bedenken aus: „Du wirst doch nicht zugunsten eines Mannes zurückzie-

hen.“ Der vor der Wahl als sicherer Kandidat gehandelte Volmer blieb geschohlen auf der Strecke.

Er sei ein sehr fähiger Mann, lobte anschließend die Gewinnerin Hönes und tröstete: „Wir brauchen auch im nächsten Vorstand gute Leute.“ Volmer: „Vielleicht ist das ein Eigentor.“

Mit seiner Skepsis, daß es dem neuen Vorstand gelingt, die Grünen aus ihrem momentanen politischen Stimmungstief herauszuholen, steht Volmer nicht allein. Schon der erste Auftritt der neuen Sprecherriege vor der Bundespressekonferenz ging gründlich daneben.

Dafür sorgte allerdings nicht eine der Frauen, sondern der Neuling Bueb. Selbstverständlich sei es Aufgabe der Grünen, so erklärte er einem Journalisten unter verständnislosem Kopfschütt-

kam es bei einem weiteren Diskussionspunkt bereits zum Streit unter den neuen Vorständlern. „Das war“, kritisierte Sprecher Christian Schmidt, der als der starke Mann der Führungsriege gilt, die Premiere, „einfach beschissen.“

Den Hamburger verärgerte das Angebot von Hannegret Hönes zu einem Dialog mit der Chemieindustrie. „Damit kann man kein politisches Profil gewinnen“, kritisiert Schmidt.

Nicht auf Linie mit den anderen ist Schmidt auch beim Thema Bündnisfrage. Hannegret Hönes und Bueb sind der Meinung, daß sie das Reizthema bis zu den Bundestagswahlen 1987 möglichst aus der Fraktionsdebatte heraushalten wollen. Das sieht Schmidt, der den Ökosozialisten zugerechnet wird, anders: „Es ist falsch, die SPD-Frage auszublenden“.



Neuer Grünen-Vorstand*: „Vielleicht ist das ein Eigentor.“

teln seiner Kollegen, Bürgerkriege in der Dritten Welt zu unterstützen.

Das sei, korrigierte Hannegret Hönes, so nicht ganz richtig. Der Parlamentarische Geschäftsführer habe nicht Bürgerkriege, sondern Befreiungsbewegungen gemeint. Und die Hilfe der Grünen sei auch nur humanitärer Art.

„Mein Gott, das ist wohl doch nicht so einfach“, kommentierte Sprecher Heinz Suhr anschließend sichtlich verzweifelt das Debüt seiner Parteifreunde. Und Thea Bock, als Gift-Expertin für vier Monate von der Hamburger Grün-Alternativen Liste nach Bonn entliehen, erkannte: „Da ist ja keine Linie drin.“

Doch während der Lapsus des Bayern noch von allen großzügig auf das Konto Lampenfieber gebucht wurde (Bueb: „Ich habe das einfach verwechselt“),

den“, denn: „Wer Einfluß nehmen will, muß Stellung beziehen.“

Solche Streitereien innerhalb des Vorstandes aber können die Grünen zur Zeit, wenige Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, nicht gebrauchen. Denn nach der Niederlage an der Saar haben sich, auch für die Wähler offenkundig, die Flügelkämpfe um den zukünftigen Weg der Partei verstärkt.

So drohte der Alt-Abgeordnete Otto Schily, der noch im Amt bleibt, bis der Flick-Ausschuß sich auflöst, unverbblümt, er müsse sich überlegen, ob die Grünen für ihn noch die richtige politische Organisation seien, wenn jene die Oberhand gewönnen, die „jede Beteiligung als politische Unzucht“ ablehnten.

Einig sind sich die Grünen über die Strömungen hinweg nur darin, daß „die Zeit der billigen Siege“ (Volmer) vorbei ist. „Wir müssen“, glaubt auch Hannegret Hönes, „von dem Image nein danke wegkommen.“

* Vorn im Rollstuhl Christian Schmidt, dahinter Sabine Bard-Kröninger, Axel Vogel, Hannegret Hönes, Eberhard Bueb.